PLATTFORM NEWS

PN 1/2008

NACHRICHTEN DER ÜBERPARTEILICHEN PLATTFORM GEGEN ATOMGEFAHREN (PLAGE) · JÄNNER 2008 · EURO 2,–

Für „Atomstrom-Autobahnen“:

380kV-Erpressung

Erpressung unter Hochspannung

Importe und Durchleitung mit umstrittenen 380kV-Leitungen in Salzburg, Steiermark…

EU, Deutschland, Österreich wollen mehr „Atomstrom-Autobahnen" in Europa

Auf dem EU-Energiegipfel berieten die Staats- und Regierungschefs Anfang März 2007 über den Ausbau der europäischen Stromnetze. Der sei nötig, um den „grenzüberschreitenden Wettbewerb" zu erleichtern und die „Versorgungssicherheit" zu gewährleisten. Laut EU-Kommission könne man damit einen „wesentlichen Beitrag zur Vermeidung von Stromausfällen" leisten. Auch sei der Netzausbau „eine entscheidende Voraussetzung für die von der EU angestrebte Integration von Ökostrom ins Netz."

IPPNW-D (dt. Sektion der Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges) warf Deutschland und Österreich vor, sich in der Öffentlichkeit als Atomskeptiker und Freunde erneuerbarer Energien zu präsentieren, auf EU-Ebene jedoch klammheimlich „Atomstrom-Autobahnen" für Europa mitzubeschließen. „Es geht hierbei um Atomstromimporte aus geplanten Atomkraftwerken in Litauen und der Slowakei, sowie aus dem tschechischen Dukovany", so IPPNW-Energieexperte Henrik Paulitz.

„Die geplanten Stromtrassen dienen offenbar dem europaweiten Transport von Atomstrom", so Paulitz. Als vorrangiges Projekt will die EU insbesondere "die Stromverbindungen zwischen Deutschland, Polen und Litauen" vorantreiben. Polen und Litauen haben im Februar laut Nucleonics Week vereinbart, am litauischen Standort Ignalina zwei neue Atomkraftwerke mit einer Gesamtleistung von 3200 Megawatt zu errichten. Im Gespräch sind zwei Reaktoren vom Typ "Europäischer Druckwasser-Reaktor" (EPR) von

Tausende demonstrierten gegen eine neue Atomstrom-Autobahn von Flamanville (Normandie) ins Landesinnere. Dort soll nach rund 20 Jahren Pause Frankreichs erster AKW-Neubau entstehen, ein EPR-Reaktor ("Euro-Reaktor").

Siemens (D) und Areva (ex-Framatome, F). Die Euroreaktoren sollen die Anlagen vom Tschernobyl-Typ ersetzen. (Siehe dazu Meldung über Bestechung litauischer Abgeordneter in PN 3/2007, S. 11.)

Ost-Atomstrom für Deutschland, Österreich, Italien?

„Dieses Vorhaben erinnert an Gespräche von vor einigen Jahren zwischen Siemens, der deutschen, der französischen und der russischen Regierung", so Paulitz. „Damals wollte man am westrussischen Standort Smolensk einen EPR errichten und den Atomstrom mit Hilfe einer Stromtrasse über Weißrussland und Polen bis nach Berlin und Kassel leiten."

Weiters plant die EU bis 2009 eine zusätzliche 900-Megawatt-Stromtrasse zwischen der Tschechischen Republik und Österreich. „Diese Stromtrasse beginnt im tschechischen Slavetice und das liegt nur 3 Kilometer vom Atomkraftwerk Dukovany entfernt. Das ist nichts anderes als eine Atomstromtrasse zur Lieferung von Nuklearenergie nach Österreich", kritisiert Paulitz. Die EU-Kommission benennt in ihrer Mitteilung vom 10. 1. 2007 selbst das wichtigste „Hemmnis" gegen das Projekt: „Der Widerstand in Österreich gegen die Kernenergie“.

Mit einer weiteren 1800MW-Trasse von der Slowakei nach Wien soll Atomstrom nach Österreich und mit Hilfe weiterer Stromtrassen auch in das ebenfalls „atomkraftwerksfreie" Italien geleitet werden, vermutet die IPPNW. „Diese Stromtrasse soll im slowakischen Umspannwerk Stupava beginnen. An diesen Stromknoten sind die

Atomkraftwerke Bohunice und Mochovce angebunden", so Paulitz. Der italienische Energiekonzern ENEL hat sich 2007

Einschränkung von Bürgerrechten bei 380kV-Bau

festgelegt, in Mochovce zwei weitere Atomblöcke als Ersatz für die stillzulegenden Blöcke in Bohunice zu errichten. ENEL-Chef Fulvio Conti hat der Nachrichtenagentur Bloomberg erklärt, dass der Atomstrom aus Mochovce auch nach Zentraleuropa exportiert werden soll.

Die EU und ihre Mitgliedstaaten planen offenbar zudem eine Richtlinie zur „Verschlankung der Planungs- und Genehmigungsverfahren". Ziel: Durchsetzung der Stromtrassen im Schnellverfahren.

Die PLAGE fordert ebenso wie IPPNW die deutsche und die österreichische Bundesregierung dazu auf, diesen Plänen eine Absage zu erteilen: „Die Bevölkerung will keinen Atomstrom, ob aus den alten oder den neuen EU-Staaten."

SALZBURG — Freitag, 16. November 2007

Landesrat Eisl nach Lokalaugenschein in Niedersachsen sicher:

380 kV: Verkabeln hilft

Dieser Satz lässt alle Gegner der monströsen Stromautobahn durch Salzburg jubeln: „Eine Verkabelung von Hochspannungsleitungen ist absolut der Stand der Technik", erklärte Energie-Landesrat Sepp Eisl nach einem Lokalaugenschein in Niedersachsen. Dort verbietet bald ein Gesetz Freileitungen neben Siedlungen!

In Salzburg wehrt sich der Verbund mit allen Mitteln gegen ein Erdkabel und will

steller und Wissenschaft haben in Deutschland gemein-

tragungsverluste 50 % niedriger sind als bei einer Freileitung. Rechnet man das mit, ist ein Kabel auch bei weitem nicht so teuer wie bisher im-

VON ROBERT REDTENBACHER

Freitag, 16. November 2007

„Erdkabel ist Stand der Techni

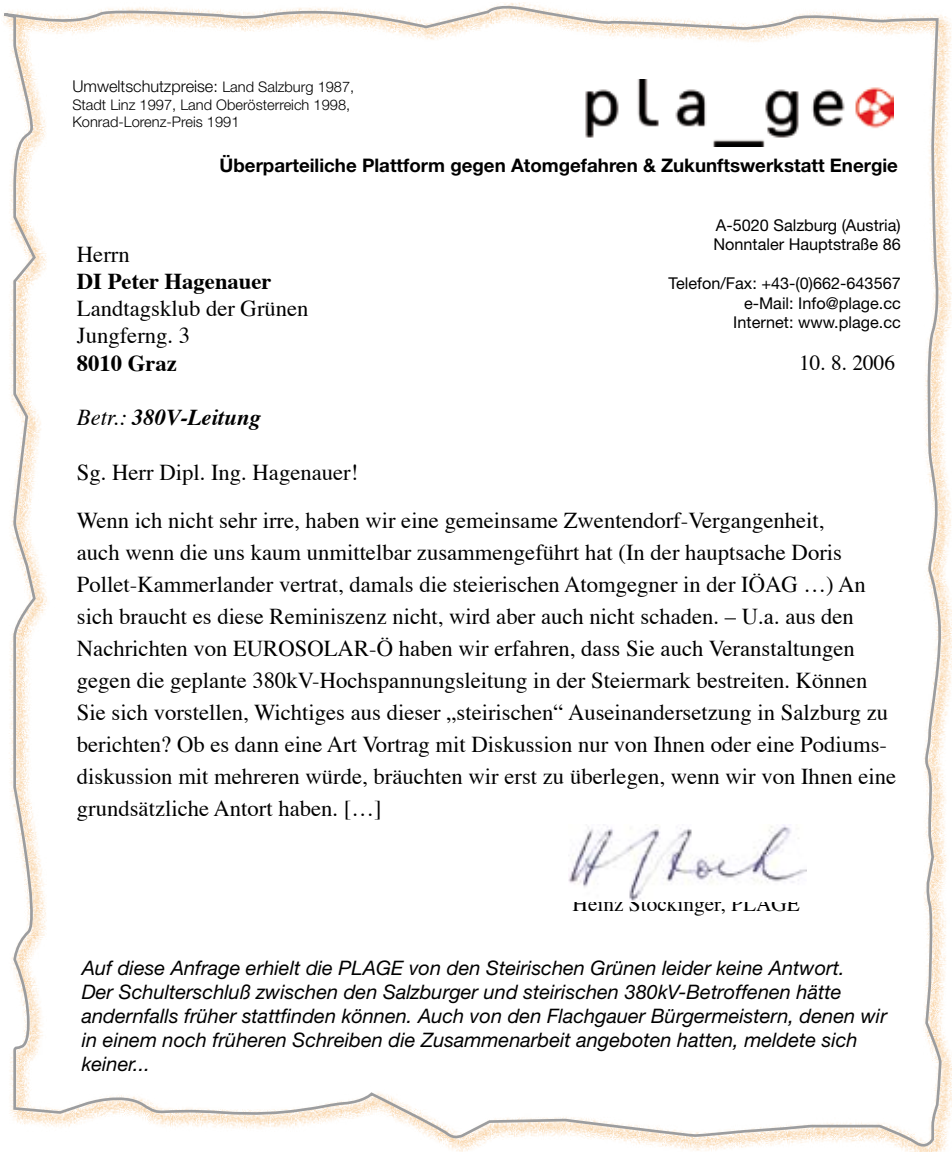
Sparen

● Viel weniger Stromverluste

Ein neues Gesetz, das am 12. Dezember beschl

wird

2008



Umweltschutzpreise: Land Salzburg 1987, Stadt Linz 1997, Land Oberösterreich 1998, Konrad-Lorenz-Preis 1991

pla_ge

Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren & Zukunftswerkstatt Energie

A-5020 Salzburg (Austria)
Nonntaler Hauptstraße 86

Telefon/Fax: +43-(0)662-643567
e-Mail: Info@plage.cc
Internet: www.plage.cc

Herrn
DI Peter Hagenauer
Landtagsklub der Grünen
Jungferng. 3
8010 Graz

10. 8. 2006

*Betr.: **380V-Leitung***

Sg. Herr Dipl. Ing. Hagenauer!

Wenn ich nicht sehr irre, haben wir eine gemeinsame Zwentendorf-Vergangenheit, auch wenn die uns kaum unmittelbar zusammengeführt hat (In der hauptsache Doris Pollet-Kammerlander vertrat, damals die steierischen Atomgegner in der IÖAG …) An sich braucht es diese Reminiszenz nicht, wird aber auch nicht schaden. – U.a. aus den Nachrichten von EUROSOLAR-Ö haben wir erfahren, dass Sie auch Veranstaltungen gegen die geplante 380kV-Hochspannungsleitung in der Steiermark bestreiten. Können Sie sich vorstellen, Wichtiges aus dieser „steirischen" Auseinandersetzung in Salzburg zu berichten? Ob es dann eine Art Vortrag mit Diskussion nur von Ihnen oder eine Podiumsdiskussion mit mehreren würde, bräuchten wir erst zu überlegen, wenn wir von Ihnen eine grundsätzliche Antort haben. […]

Heinz Stockinger, PLAGE

Auf diese Anfrage erhielt die PLAGE von den Steirischen Grünen leider keine Antwort. Der Schulterschluß zwischen den Salzburger und steirischen 380kV-Betroffenen hätte andernfalls früher stattfinden können. Auch von den Flachgauer Bürgermeistern, denen wir in einem noch früheren Schreiben die Zusammenarbeit angeboten hatten, meldete sich keiner...

hot spots DEUTSCHLAND

Mit Knappheitsdrohungen Strom-Autobahnen durchsetzen

Nach aufgedeckten Störfällen hat auch das vom nordrhein-westfälischen RWE-Konzern geführte AKW Gundremmingen immer wieder versprochen, zur Rückgewinnung des Vertrauens sich künftig wie ein „gläsernes Kernkraftwerk" zu verhalten und die Nachbarn und Medien sachgerecht zu informieren. Dagegen wurde Ende Juli 2007 ein weiteres Mal verstoßen. Den örtlichen Atomgegnern gingen Hinweise zu, wonach für spezielle Reaktortests mit unbekanntem Zweck die Kraftwerksleistung stark gedrosselt wurde. Über die Verheimlichungspraxis hinaus ist diese Meldung aufschlussreich für die Debatte über neue 380kV-Hochspannungsleitungen – auch in Österreich.
Die Leistung des größten deutschen AKW wurde nämlich in einer Zeit gedrosselt, als bereits 6 von 17 deutschen AKW wegen Störfällen (Biblis A, Biblis B, Krümmel, Brunsbüttel, Unterweser) bzw Jahresrevision (Isar 2) stillstanden. Und dennoch „gingen die Lichter nicht aus". Im Gegenteil: im ersten Halbjahr 2007 hat Deutschland zwar 21,4 Milliarden Kilowattstunden Strom importiert, aber sogar 32,3 Milliarden exportiert. Dieser Exportüberschuss von fast 11 Milliarden kWh macht etwa soviel aus, wie Deutschlands größtes Kernkraftwerk – eben das AKW Gundremmingen – produziert. Rechnerisch arbeitet dieses AKW also nur für den Stromexport.

(Quelle: FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V., 2.8.07 - www.atommuell-lager.de)

Kinderkrebs um Atomkraftwerke

Nicht die aktuellen Studienergebnisse müssen überprüft werden, sondern die derzeit gültigen Strahlenschutz-Grenzwerte

Ohne Alfred Körblein und Reinhold Thiel wüsste die deutsche Öffentlichkeit nicht, dass bei Kindern das Risiko, an Krebs oder Leukämie zu erkranken, zunimmt, je näher sie an einem der deutschen Atomreaktoren wohnen. Das Deutsche Kinderkrebsregister in Mainz, das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS), die Strahlenschutzkommission des Bundes (SSK) und das Bundesumweltministerium - sie alle wollten jahrzehntelang von erhöhten Krebserkrankungen neben AKWs nichts wissen, obwohl Ärztinnen und Ärzte vor Ort genau dies immer wieder festgestellt hatten.

Zuerst „unwissenschaftlich", dann anerkannt

Noch 1997 konnte oder wollte das Mainzer Kinderkrebsregister in seiner damaligen Studie („Michaelis-Studie", nach Untersuchungsleiter Prof. Michaelis) eine erhöhte Krebsrate um deutsche Atomkraftwerke nicht erkennen. Der Wissenschaftler Dr. Alfred Körblein vom Umweltinstitut München schaute sich die Daten aus Mainz nochmals gründlich an und überprüfte den methodischen Ansatz der etablierten Wissenschaftler. So kam der Physiker bereits 1998 zum Ergebnis, dass man mit den Daten des Mainzer Kinderkrebsregisters nachweisen kann, dass die Krebsrate bei Kleinkindern im Nahbereich der deutschen Atomkraftwerke um 54% signifikant erhöht ist.

Auf Initiative von Dr. Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative, einer Regionalgruppe der atomkritischen Ärzteorganisation IPPNW, veröffentlichte Körblein 2001 eine weitere Studie zu Krebserkrankungen bei Kindern, und zwar in der Nähe bayerischer Atomkraftwerke. Ergebnis: Die Kinderkrebsrate ist demnach signifikant erhöht, am höchsten um das AKW Gundremmingen mit 38%. Thiel machte die brisanten Ergebnisse öffentlich und die IPPNW verlangte vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) weitere Untersuchungen zur Ursachenabklärung. Doch die Strahlenschutzbehörde erkannte damals Körbleins Berechnungen nicht an. Das Mainzer Kinderkrebsregister stellte die wissenschaftliche Kompetenz von Körblein in Frage.

Für den niedergelassenen Arzt und IPPNW-Mitglied Reinhold Thiel, der in der Nähe des Atomkraftwerks Gundremmingen bei Ulm praktiziert, war das eine Herausforderung. Er sorgte für massiven öffentlichen Druck und dafür, dass über 10.000 Protestbriefe aus der Bevölkerung bei Behörden und Ministerien eingingen. Im Juli 2001 schließlich erkannte das BfS Körbleins Berechnungen an und akzeptierte die Notwendigkeit weiterer Studien. Als Konsequenz daraus beauftragte die Behörde 2003 das Deutsche Kinderkrebsregister mit umfangreichen Fall-Kontrollstudien unter dem Arbeitstitel "Kinderkrebs um Kernkraftwerke" (KiKK). Körbleins methodische Vorschläge flossen in diese Studie ein.

Untersuchung außergewöhnlich gut abgesichert

Im Dezember 2007 liegt nun endlich das Ergebnis vor. Es ist brisant: Das Risiko für Kinder, an Leukämie zu erkranken, erhöht sich mit zunehmender Nähe zu einem Atomkraftwerk. Und: Die Fall-Kontroll-Studie beweist eine um 60% erhöhte Krebsrate und ein 120% erhöhtes Leukämie-Risiko für Kinder unter 5 Jahren, die im 5-km Umkreis von Atomkraftwerken wohnen. Die Arbeit ist mit einem Studienzeitraum von 24 Jahren von 1980 bis 2003 außergewöhnlich gut abgesichert. Faktisch bestätigt die aktuelle Studie, was schon 1998 Körblein an der Mainzer Studie von 1997 kritisiert hat.

Weil aber nicht sein kann, was nicht sein darf… – das Strahlen-Dogma

Diejenigen, die jetzt einräumen müssten, dass ihre Forschungsergebnisse von 1997 nicht mehr stimmen, behaupten

Neue Studie des Bundesamtes für Strahlenschutz

SZ 8. 12. 2007

Krebsgefahr in der Nähe von Kernkraftwerken

Im Umkreis der 16 deutschen Reaktor-Standorte erkranken Kinder überdurchschnittlich häufig an Leukämie

Von Werner Bartens und Michael Bauchmüller

München – **Kleinkinder, die in der Nähe von Kernkraftwerken leben, erkranken offenbar häufiger an Krebs.** sammenhang damit, dass die Kinder so nah an den Kernkraftwerken wohnten.

„Unsere Studie hat bestätigt, dass in Deutschland ein Zusammenhang zwischen der Nähe der Wohnung zum nächstgelegenen Kernkraftwerk zum Zeit- ben. In vorangegangenen Studien kamen die Forscher aber zu widersprüchlichen Erkenntnissen und Interpretationen. Zudem gab es Kritik an der Methodik. Daher hatte das Bundesamt für Strahlenschutz, das die neue Untersuchung in lungen als besonders zuverlässig. Je näher die Kinder am Reaktor aufgewachsen waren, desto höher lag ihr Risiko, an Krebs zu erkranken – und umgekehrt.

Ob die Kernkraftwerke für die erhöhte Tumorhäufigkeit verantwortlich sind,

Das unfassbare Risiko

Die möglichen Gesundheitsgefahren sollten Anlass sein, nicht weiter auf die Kernkraft zu setzen

Von Werner Bartens

Es gibt eine gefürchtete Kombination n drei Ks – Kinder, Krebs und Kernaft. Anwohner Atomk

dass eine Strahlendosis, die um mehr als das Tausendfache unter dem Grenzwert liegt und weit unter dem, was Flugr se öntg untersuchunge

dern Jah

SZ 8. 12. 2007

nun in der neuen Studie, mit der Radioaktivität könnten die Krebserkrankungen und Leukämien neben Atomkraftwerken nichts zu tun haben. Denn die dort auftretenden Strahlendosen blieben unter den geltenden Grenzwerten. Auf diese Grenzwerte und Einschätzung der Dosiswirkung berufen sich auch die Politiker, und stützen sich dabei auf eben die Experten, die besagte Grenzwerte und Dosiseinschätzungen de facto veranlaßt und jahrelang verteidigt haben: ein ständiger Selbstbestätigungs-Kreisel zwischen staats- oder industrienaher Wissenschaft, Behörden und Politik. So nimmt dann Bundesumweltminister Gabriel eben diese Grenzwerte als Grundlage, um vor laufenden Kameras zu behaupten, ein Zusammenhang zwischen den Atomkraftwerken und den Krebserkrankungen sei zweifelhaft. Das Dogma dahinter lautet: radioaktive Niedrigstrahlung kann keine wesentlichen Gesundheitsschädigungen verursachen; daher können „dennoch" auftretende, auch strahlentypische Schädigungen einfach nicht von solcher Niedrigstrahlung herrühren. Ein typischer Fall von Morgenstern'schem „daß nicht sein kann, was nicht sein darf". Zumal sich dann – und letztlich weltweit – der Strahlenschutz für die Atomindustrie existenzgefährdend verteuern würde. Das ganze Regelwerk der Strahlenstandards für die Bevölkerung sowie für die Arbeiter und Angestellten in strahlenexponierten Berufen aller einschlägigen Branchen (Uranbergbau bis Abwrackung der Atomanlagen), das ganze Regelwerk für Pannen und Unfälle, von der Konstruktion technischer Sicherheitskomponenten bis zu Grenzwerten für den Fall großflächiger und dauerhafter Strahlenbelastung (wie nach Tschernobyl) — all das und die darauf gebaute Atompolitik würde auf den Kopf gestellt. Beziehungsweise: endlich vom Kopf auf die Füße gestellt. Das Strahlen-Dogma der „Atom-Prediger" würde der Wirklichkeit angepaßt, und nicht mehr die Wirklichkeit dem Dogma.

Strahlen-Dogma der Wirklichkeit anpassen, nicht umgekehrt!

Es wäre überfällig: die geltenden Strahlenschutzgrenzwerte und die Einschätzung des Strahlenrisikos sind wissenschaftlich längst nicht mehr haltbar. So hat das EU-Forschungsprojekt "Soul" laut dessen Leiter Dr. Peter Jacob vom staatlichen Forschungszentrum für Umwelt und Gesundheit bei München (GSF) etwa 4mal höhere Strahlenschäden in der Umgebung der russischen Atomwaffenschmiede Majak festgestellt, als nach dem Risikomodell, das der deutschen Strahlenschutzverordnung zugrunde liegt, zu erwarten wären. Das bedeutet, dass die deutschen Strahlenschutzgrenzwerte offensichtlich zu hoch angesetzt sind. Und beileibe nicht nur die! Das Dogma von der Ungefährlichkeit radioaktiver Niedrigstrahlung hält sich entgegen bereits überwältigendem wissenschaftlichem Befund in vielen nationalen Institutionen ebenso wie in der Internationalen Strahlenschutzkommission (ICRP) und der kaum bekannten „Gruppe der 31", die auf Grundlage des EURATOM-Vertrages die Strahlennormen in der EU bestimmt. Beide Gremien werden übrigens von nationalen Regierungen beschickt: Selbstbestätigungszirkel zwischen offiziellem Expertentum und Politik.

Die aktuellen Zahlen des Mainzer Kinderkrebsregisters, die die Arbeiten von Körblein bestätigen, werden in keiner Weise in Frage gestellt. Man ist sich inzwischen einig darin, dass Krebs und Leukämie zunehmen, je dichter Kinder an Atomreaktoren wohnen. Nicht die aktuellen Studienergebnisse müssen daher überprüft werden, sondern die derzeit gültigen Strahlenschutz-Grenzwerte und die geltende Strahlenschutz-„Philosophie". ■

(Nach: IPPNW-Pressemitteilung, 9.12.2007)

Kontakt: *Dr. Reinhold Thiel, Sprecher der Ulmer Ärzteinitiative: Tel +49-0176-511 64 195 oder 07346-8407; Dr. Alfred Körblein, Tel. +49-0176-237 32 616 oder +49-911-23 58 134; Henrik Paulitz, IPPNW-Fachreferent für Atomenergiefragen, Tel. +49-0171-53 888 22 oder +49-621-3972-668.*

hot spots DEUTSCHLAND II

Umweltminister: Neue Erkenntnisse zur Strahlungwirkung stärker berücksichtigen

20.06.07 – Radioaktive Niedrigstrahlung wirkt möglicherweise stärker auf Menschen als bisher angenommen. Auf einer Konferenz über neue Erkenntnisse zur Wirkung ionisierender Strahlung in Berlin hat der deutsche Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die schnelle Umsetzung des neuen Wissens in das Strahlenschutzrecht und den praktischen Vollzug gefordert. „Es geht darum, jeden der neuen Sachverhalte eingehend zu prüfen und klare Antworten auf die Frage zu geben, ob unsere bestehenden Schutzsysteme den Stand des Wissens noch richtig und angemessen abbilden. Wo dies nicht der Fall ist, muss unverzüglich gehandelt werden", so Gabriel. Dies erfordere die grundsätzliche Verpflichtung der Umweltpolitik zur rechtzeitigen und angemessenen Vorsorge gegen Umwelt- und Gesundheitsrisiken und gelte sowohl für das europäische wie auch für das nationale Strahlenschutzrecht. Gabriel: „Die Schutzstandards dürfen dem Wissensstand nicht hinterherhinken. Gleiches gilt für den praktischen Vollzug." – Wie wahr! Gleichzeitig bereitet das deutsche Umweltministerium eine Novellierung der Strahlenschutzverordnung vor, die laut Jahresbericht 2007 der Gruppe Ökologie die gravierenden Mängel und Verharmlosungen der Strahlenrechts"reform" von 2001 nicht behebt. Noch weiter hinterher hinkt übrigens die industriefreundliche Internationale Strahlenschutzkommission ICRP, nach welcher sich alle Regierungen weitgehend richten.*

** Gruppe Ökologie, Institut für ökologische Forschung und Bildung e.V., Hannover, www.gruppe-oekologie.de (Wird auch von offiziellen Stellen für Gutachten u.ä. im Nuklearbereich herangezogen, etwa von der ö. Bundesregierung.)*

PLAGE AKTIV!

Gemeinsam mit Dutzenden anderen europäischen NGOs hat die PLAGE bereits im Februar 2007 den Urgewald-Brief an die beiden EU-Kommissare A. Piebalgs (Energie) und S. Dimas (Umwelt) mitunterschrieben. Darin wurden diese aufgefordert, dem bulgarischen Regierungswunsch nach einem günstigen EURATOM-Darlehen für 2 neue 1000-Megawatt-Atomblöcke in Belene nicht nachzukommen. (Urgewald ist eine deutsche Nichtregierungsorganisation, die sich auf Umweltanliegen in Osteuropa konzentriert.)

EU-Kommission gibt grünes Licht für erstes russisches AKW innerhalb der EU

300 Millionen Euro Euratom-Geld für bulgarisches Atomkraftwerk

Ex-Chef der Atomaufsicht: Bau u.a. wegen Erdbebenlinie unverantwortlich

Am 7. Dezember 2007 hat die Europäische Kommission eine positive Stellungnahme zum umstrittenen AKW Belene in Bulgarien veröffentlicht. Damit wird die Kreditzusage der Kommission über 300 Millionen Euro für Belene schlagend. Mit dem Geld von der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) soll ein Teil des vier Milliarden Euro teuren Projekts finanziert werden. Umweltorganisationen in ganz Europa kritisieren, dass die Kommission entscheidende Sicherheitsbedenken ausgeblendet und grünes Licht für die Verwirklichung eines der gefährlichsten AKW-Projekte in Osteuropa gegeben hat. Ihre Kreditentscheidung hilft dem AKW-Vorhaben weiter, nachdem intensive Öffentlichkeitsarbeit angeführt von Urgewald deutsche Banken 2006 von Belene-Krediten an die russische Firma Atomstroyexport und deren französischen Partner Areva (mit Siemens-Beteiligung) hatte Abstand nehmen lassen; es fanden damals Protestaktionen vor Banken in nicht weniger als 60 deutschen Städten statt. Die EU-Kommission zeigt hier ihr wahres Gesicht: das der absoluten Atombetreiberin.

Dabei hatte erst zwei Wochen zuvor Dr. Gueorgui Kastchiev, der ehemalige Leiter der bulgarischen Atomsicherheitsbehörde, der Kommission eine Liste mit Bedenken gegen das AKW Belene vorgelegt. „Belene stellt unakzeptable Sicherheits- und Umweltrisiken dar", sagt Dr. Kastchiev, der die Atomsicherheitsbehörde von 1997 bis 2001 leitete. Zu den von Dr. Kastchiev angeführten Problemen gehören Mängel im Design des geplanten AKW, der Mangel an Betriebserfahrung mit dem Reaktortyp sowie an qualifiziertem Personal und effektiver Überwachung, ebenso das Fehlen einer Strategie für den Umgang mit radioaktivem Abfall sowie die enorme Korruption im Energiesektor. „Wenn man das hohe seismische Risiko der Bauregion und den niedrigen Atomsicherheitslevel in Bulgarien zusammenrechnet, kann man nur zu einem Schluss kommen: Dieses Projekt muss sofort gestoppt werden," sagt er.

„Die Stellungnahme der Kommission zeigt, dass die Kommission weder auf die Stimme der Vernunft noch der Bürger hört, wenn es um Atomenergie geht", sagt Heffa Schücking, von der Umweltorganisation Urgewald. „Die Kommission hat sich bewusst entschieden, die Erdbebenrisiken zu ignorieren und Umweltfragen aus ihrer Stellungnahme zu Belene auszuklammern. Mit dieser Verfahrensweise will Energie-Kommissar Piebalgs offenbar sicherstellen, dass auch die schlimmsten Atomprojekte grünes Licht erhalten können", fügt sie hinzu. ■

(Quelle: Urgewald, D, 9.1.2008, 16.2.2007; Die Presse 20.11.2006)

Aktienwert des bulgarischen Stromversorgers NEK herabgestuft

LONDON. – Schon am 10.11.2006 berichtete AFX News Limited, daß Standard & Poor (S&P) seine Einschätzung des staatlichen bulgarischen Stromversorgers Natsionalna Elektricheska Kompania (NEK) von „entwicklungsfähig" auf „negativ" zurückgestuft hatte. Die geänderte Einschätzung kam laut S&P nach der NEK-Entscheidung, Mehrheitseigentümer der Gesellschaft zu werden, die die hochumstrittenen zwei neuen 1000-Megawatt-Atomblöcke im nordbulgarischen Belene errichten und betreiben soll. ■

Wegen Korruption zurückgetretener bulgarischer Minister warb für AKW

SOFIA – Als Schlußpunkt eines Korruptionsskandals, der die Mitte-Links-Regierung erschüttert hatte, traten Anfang Juni 2007 zwei Minister zurück. Die Koalitionskrise war im Gefolge wechselseitiger Beschuldigungen ausgebrochen, daß hohe Regierungsmitglieder und -beamte Schmiergelder angenommen hätten. Im Zentrum der Affäre stand Wirtschafts- und Energieminister Rumen Ovtscharov. Die lokalen Atomgegner kommentierten: „Die bulgarische Atomindustrie bezahlte Rumen Ovtscharov regelrecht dafür, daß er die Wiederinbetriebnahme des (laut Abmachung mit der EU, Anm.d.Red.) stillgelegten AKW Kosloduj und den Bau neuer Reaktoren in Belene betrieb. Doch jetzt ist er Geschichte!" ■

(Quelle: AFP, 2.6.2007, und e-Mails bulg. Atomgegner)

PN-Kommentar: *Bei der Entscheidung pro neue Atomblöcke in Belene – siehe Bericht – hat also auch Korruption an höchster Stelle mitgewirkt. Vgl. auch PN 3/2007, S. 11, „Bestechung litauischer Abgeordneter".*

Auch gute Nachrichten aus Bulgarien gibt es:

Schi-Ort Bansko baut Holz-Blockheizkraftwerk

Auch der bulgarische Schi-Ort Bansko leidet bereits merklich unter Klimawandel und Schneemangel. Wenigstens tut er etwas dagegen, indem er ein Biomasse-Blockheizkraftwerk (BHKW) mit 5 Megawatt (MW) Leistung errichtet, das mit Abfallholz befeuert wird.
Das ist so viel wie 0,25% des geplanten AKW Belene und 1,14% der Leistung der stillgelegten Kosloduj-Blöcke 3 und 4. Nicht berühmt! könnte man im ersten Moment meinen. Doch 400 solch kleinerer Kraftwerke würden die vollen 2000 MW in Belene ersetzen – eine durchaus realistische Größenordnung. Und legt man die sechs Millionen Leva Kosten des Holzkraftwerks Bansko auf diese 400 BHKW um, so ergeben sich für diese 2,4 Milliarden Leva = 1,2 Milliarden Euro Baukosten. Das ist ungleich rentabler als die rund 5 Mrd., die der Bau der beiden A-Blöcke in Belene kosten wird (auch wenn Brennstoff- und Betriebskosten pro Kilowattstunde – wenn kein ärgerer Schadensfall passiert! – im AKW geringer sind als im BHKW). Und man bekommt aus einem BHKW Energie, die i.d.R. den Bedürfnissen besser angepaßt ist: gleichzeitig Strom und Wärme.
Interessant ist nebenbei, daß dieses Vorhaben von der Hypovereinsbank Bayern / Biochim, einer Tochter der UniCredit, finanziert wird, die beide bisher eher mit Atomprojekten geliebäugelt haben.

(Quelle: Jan Haverkamp, Greenpeace-Konsulent für Atomfragen in Mittel- und Osteuropa; Feb. 2007)

VERSAGER

„Bauern-Selbstmorde in Indien: ‚Es wäre humaner, das Land zu bombardieren.'" *– Kishor Tiwari ist der Herr der Todeslisten. Er führt Buch über die Selbstmorde in der Provinz Vidarbha, Bundesstaat Maharashtra. 1054, das ist der Stand der Dinge. Die genmanipulierte Saat kam in den Achtzigern. Anfangs fing es gut. Dann wurden die Schädlinge resistent. Neue Gifte von der Chemie. Neue Resistenzen. Dann Pestizide „der dritten Generation, dann der vierten, immer teurer." Die ersten Bauern brachten sich um. Fingen an, sich zu erhängen, ertränken, das Pflanzengift selber zu trinken. (Quelle: Süddt. Zeitung, 4.11.2006)*

„Man gab ihnen genmanipulierte Saat und versprach ihnen reiche Ernten…" *– „Nun verderben die Felder, und die Farmer schlucken die Pestizide selber." Es war fünf Uhr nachmittags, als Suresh Sardar Chavan das Gift nahm, das für die Schädlinge auf seinen Baumwollfeldern bestimmt war. Dann brach er tot zusammen. „Die Witwe flüstert von Schulden und Geldeintreibern. Die Männer um sie herum nicken und erzählen, dass es nur noch den teuren amerikanischen Samen gibt, den genetischen vom Biotechnik-Konzern Monsanto. Man bekomme den alten Samen nicht mehr, kein Händler hat ihn noch, sagt ein Bauer. In der ganzen Gegend nur noch den „Bt"-Samen, den man jedes Jahr neu kaufen muss." (Quelle: Süddt. Zeitung, 4.11.2006)*

„Die OberösterreicherInnen sollen also etwas kaufen, was ihnen ohnehin gehört." *- www.kpoe.at/ooe, 11.6.2007. Die ÖVP-OÖ mit Grünen und FPÖ im Schlepptau – in der Basis dieser beiden Parteien gab es jedoch Widerstand – hatte 40% der Energie AG (EAG: Umsatz 1,06 Milliarden Euro, 4.460 Beschäftigte) durch einen Börsegang privatisieren wollen. 51% sollten im Landesbesitz bleiben, 6,25% bei der stadteigenen Linz AG, der Rest war für eine Mitarbeiterbeteiligung reserviert. Nach einer von der SPÖ Oberösterreich initiierten Volksbefragung hat die oö. Landesregierung den Gang der EAG zum Jahreswechsel bekanntlich abgeblasen. LH Josef Pühringer hatte der Bevölkerung diesen Ausverkauf mit einer Volksaktie schmackhaft machen wollen.*

„Atom-Renaissance": Nicht ins Bockshorn! …

7 stillgelegte Reaktoren, 1 Neubau

Bei der internationalen Atomgegnerkonferenz der Oö. Plattform zu „25 Jahre Volksabstimmung über Zwentendorf" (Nov. 2003) hatte PLAGE-Vertreter Heinz Stockinger angesichts recht beschwichtigender Äußerungen vor einer Unterschätzung der Comeback-Versuche der Atomindustrie gewarnt. Die PLAGE setzt sich also mit diesbezüglich ermutigenden Nachrichten kaum dem Verdacht aus, den Kopf in den Sand zu stecken. Angesichts der zur „Renaissance der Kernenergie" aufgeblasenen Absichtserklärungen ist es gut, sich zu vergegenwärtigen, was tatsächlich passiert:
Wer es also nicht wahrgenommen oder vergessen hat: Allein vor einem Jahr, zum Jahreswechsel 2006/07, wurden in der EU sieben Atomreaktoren stillgelegt: Bohunice V-1, Block 1 (SLOWAKEI); Kosloduj 3 & 4 (BULGARIEN); Dungeness A, Blöcke 1 & 2 (GB); Sizewell A, Blöcke 1 & 2 (GB). 145 Reaktoren laufen noch in der EU. Auch wenn einige der abgeschalteten Meiler eine geringere Leistung hatten als heutige 1000- bis 1200-Megawatt-Reaktoren, wird in Großbritannien nach dem kürzlichen Grundsatzbeschluß der Labour-Regierung für Atom-Neubau die oben erwähnte stillgelegte Nuklearkapazität nicht einmal bis zum Jahr 2020 auch nur ersetzt. Schaut so eine „Renaissance" aus?

hot spots INTERNATIONAL

Iranische A-Bombe: Ausrutscher und Offenbarungseid Chiracs

Frankreichs Staatspräsident Jacques CHIRAC – jener, der 1995 trotz weltweitem Protest noch einen Atomtest in Polynesien befohlen hat, äußerte sich am 31.1.2007 gegenüber Journalisten der New York Times, Herald Tribune und Nouvel Observateur zu Teherans atomaren Ambitionen: „So eine gefährliche Sache ist das nicht, eine Atombombe zu haben, und vielleicht eine zweite…".

Mr. Oberlügner redet über Atomkraft:

In einer Pressekonferenz am 20. Jänner (2007) sagte G. Bush, Atomenergie „wird meiner Ansicht nach eine wesentliche Quelle künftiger Stromerzeugung in den USA sowie in Gegenden wie China und Indien sein. Kernenergie ist erneuerbar, und Kernenergie emittiert kein einziges Treibhausgas.* Und es scheint uns äußerst sinnvoll, andere an Technologien teilhaben zu lassen, die den Leuten das Vertrauen vermitteln, daß die Kernkraftwerke, die gebaut werden, sicher sind; sowie an aufkommenden technischen Entwicklungen, die uns befähigen werden, die Abfälle, die Gefährlichkeit der Abfälle und die Menge an Abfällen zu verringern."

**„Ha ha ha." – So kommentierte dazu unsere Quelle Jan Beránek, Greenpeace-Energiekoordinator für Mittel- und Osteuropa/MOEL. (Vgl. PN 3/07)*

Die Legionellen (Legionellae) stellen eine Gattung stäbchenförmiger Bakterien in der Familie der Legionellaceae dar. Zur Zeit kennt man mehr als 48 Arten und 70 Serogruppen. Sie vermehren sich am raschesten bei Temperaturen zwischen 20° und 50°C. Die für Erkrankungen des Menschen bedeutsamste Art ist Legionella pneumophila (Anteil von etwa 70-90 %, je nach Region); sie ist Erreger der Legionellose oder Legionärskrankheit. (Quelle: Wikipedia-Enzyklopädie. – Mit rund 37° Kühlwassertemperatur – s. PN 3/2007 - liegen AKWs in der optimalen Mitte.)

Atomkraft und Klima – zu PN 3/2007

Legionellose-Alarm rund um AKWs

Anzeige beim Staatsanwalt – Betrifft: „Gefährdung von Menschenleben"

„Ich lebe in weniger als 20 Kilometer Entfernung vom Atomkraftwerk …" – so beginnt ein Brief, mit dem im zweiten Halbjahr 2007 Umwohner von elf französischen AKW-Standorten* beim zuständigen Staatsanwalt eine kaum je erwähnte Gesundheitsgefährdung angezeigt haben. Alle Menschen, die in diesem Umkreis eines Atomkraftwerks mit Kühltürmen wohnen, sind potentiell betroffen: deren schöne weiße Wasserdampffahne enthält mit Sicherheit Legionellen. Diese können tödlich sein, einfach wenn sie eingeatmet werden.

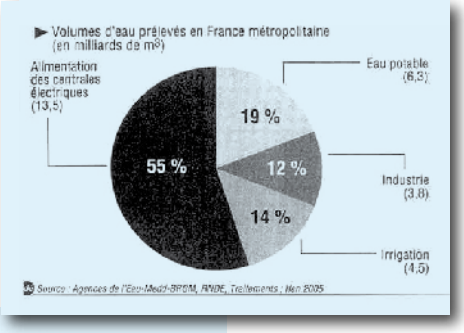
Im Juni 2007 hatte eine Studie der Agence Française de Sécurité Sanitaire de l'Environnement et du Travail (AFSSET – Französische Agentur für Umwelt- und Arbeitsmedizin) die Behauptungen der Kraftwerksbetreiberin Electricité de France (EDF) hinsichtlich des Legionellen-Risikos aufs krasseste in Frage gestellt. „Aus der Analyse der EDF-Unterlagen geht hervor, daß die Problemdarstellung seitens EDFs völlig haltlos ist." EDF hat von den Behörden für seine KKW-Kühltürme Höchstwerte für die Konzentration von Legionellen zugestanden bekommen, die 500- bis 5000-fach über denen für die Kühltürme anderer Industrien liegen. Entgegen den Behauptungen EDFs besteht laut AFSSET jedoch „kein Unterschied zugunsten der KKW-Kühltürme. Im Gegenteil, eine realistischere Betrachtung zeigt, daß es sich umgekehrt verhält. (…) Mit Ausnahme der unmittelbaren Umgebung (weniger als 200 Meter rund um den Kühlturm) sind die aus der Dampffahne stammenden Legionellen-Konzentrationen am Boden mindestens um eine Größenordnung (d.h. das 10-fache) höher als bei den sonstigen Industrie-Kühltürmen."

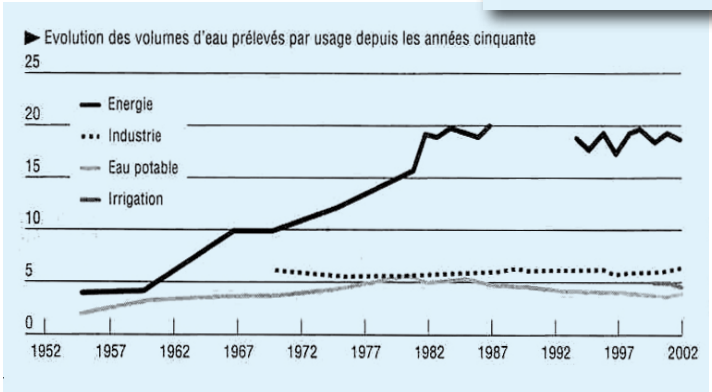
Darüberhinaus ergreift EDF bei Überschreitung dieser ohnehin äußerst laxen Grenzwerte nicht die nötigen Maßnahmen: „Die Maßnahmen zur Desinfektion erfolgen äußerst spät, nämlich erst 10 Tage nach Überschreitung des empfohlenen Höchstwertes."

Noch schlimmer, die vorgefundenen gehören größtenteils zu der Legionellen-Art, die bei Einatmung tödlich sein kann. „Gepaart mit dem Umstand, daß 90% der entdeckten Legionellen zur Gattung Legionella pneumophila gehören, sprechen diese Beobachtungen nachdrücklich für die dringende Notwendigkeit, daß EDF seine Risikoabschätzungen und die dazugehörigen Einsatzpläne revidiert."

* N.B.: An allen 11 Standorten laufen zwei bis vier Reaktoren, ob in Nogent an der Seine, Belleville am Cher, oder in Chooz an der Mosel. D.h. die AFSSET-Kritik gilt praktisch für alle französischen AKWs.

***Anm. PN:** Pikant ist, daß vor rund 15 Jahren, als sich die solare Warmwasserbereitung durchzusetzen begann, etwa in Deutschland Warnungen vor der „Gefahr vermehrter Legionärskrankheit durch den Einsatz von Sonnenkollektoren" verbreitet wurden. Was bei Temperaturen von meist 50° – 100° im Kollektorkreislauf absurd war. Aber wie bei Windkraftanlagen war den Gegnern der alternativen Energien jedes „Argument" recht, um die Sonnenenergie schlechtzumachen.*





Wasserverbrauch Frankreich, Le Figaro 22.3.2006

Über die Hälfte des gesamten Wasserverbrauchs des Landes geht auf das Konto der AKWs von Electricité de France (EDF)! (Denn EDFs heutige Wärmekraftwerke sind lauter AKWs.)

Liebe MitstreiterInnen!

Auch, wer sich lange und viel mit der Atomenergie, ihren Gefahren und ihren verheimlichten Risiken befasst hat, kommt bei manchen Meldungen doch wieder ins Staunen. Am 24. Mai 2007 hieß es zunächst in der Berliner Tageszeitung (taz):

AKW Alabama - Alter Reaktor am Netz

Nach 22 Jahren Pause hat ein Atomreaktor im US-Staat Alabama wieder seinen Betrieb aufgenommen. Der Reaktorblock 1 des AKW Browns Ferry sei nach umfangreicher Modernisierung instandgesetzt worden, teilte ein Sprecher der Betreibergesellschaft TVA mit. Jetzt werde der Reaktor langsam wieder hochgefahren. (ap)

Kurze Zeit später meldete *http://www.orf.at/?href=http%3A%2F%2F, www.orf.at%2Fticker%2F254296.html*

Atomreaktor in USA nach Rohrbruch abgeschaltet

Wegen eines Rohrbruchs ist gestern der Reaktor eines Atomkraftwerks im US-Staat Alabama abgeschaltet worden. Der Reaktor des Browns-Ferry-Kraftwerks war erst am Dienstag nach 22-jähriger Stilllegung wieder angefahren worden und befand sich im Testlauf. Zwei weitere Reaktoren blieben weiter in Betrieb.

Flüssigkeit lief aus

Aus dem gebrochenen Rohr lief nach Angaben der Atomaufsichtsbehörde nichtradioaktive Flüssigkeit aus. Für die Bevölkerung habe keine Gefahr bestanden.
Die drei Reaktoren des Kraftwerks in Alabama waren vor 22 Jahren aus Sicherheitsgründen stillgelegt worden. Zwei Reaktoren gingen in den 90er Jahren wieder in Betrieb, nachdem sie gründlich überholt worden waren. Der am Dienstag in Betrieb genommene dritte Reaktor war ebenfalls für 1,8 Milliarden Dollar (1,34 Mrd. Euro) überholt worden.

Raimund Kamm, *FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e.V. am Atomstandort Gundremmingen (Bayern); www.atommuell-lager.de*

Der traurigste Tod 2007:

Die Ermordung des Bürgermeisters von Nagasaki

2007 sind allein in Österreich eine Reihe langjähriger Galionsfiguren des bundesweiten oder regionalen Widerstandes gegen die Atomwirtschaft verstorben, allen voran der Geologe Prof.Dr. Alexander Tollmann (siehe Nachrufe in PN 1 & 2 & 3/2007). Eines natürlichen Todes. Ermordet hingegen wurde im April des vergangenen Jahres Itcho Ito, der Bürgermeister von Nagasaki. Die zweite Stadt, auf die 1945 von den USA eine Atombombe abgeworfen wurde, befand sich im Wahlkampf. Itcho Ito wurde vor dem Bahnhof der südwestjapanischen Stadt von zwei Kugeln im Rücken getroffen, als er gerade für die Kommunalwahl aktiv war. Der Bürgermeister einer der symbolträchtigsten Städte der Erde war auch Vizepräsident der internationalen „Mayors for Peace / Bürgermeister für den Frieden“, zu denen heute über 1600 Städte auf der ganzen Welt gehören. Er setzte sich äußerst aktiv für die Abschaffung der Atomwaffen ein. Sein Tod ist für die Abschaffungsbewegung ein schwerer Verlust.
Der mutmaßliche Täter, Tetsuya Shiroo, wurde kurz nach dem Anschlag festgenommen. Er gab die Tat zu, nannte aber kein Motiv. Er war als ranghohes Mitglied eines Verbrechersyndikats bekannt. Den Nachrichtenagenturen Jiji und Kyodo zufolge gab er an, zum Umfeld der japanischen Mafia-Organisation Yakuza zu gehören. Laut Polizei hatte der 59-Jährige sich mit dem Bürgermeister um Aufträge für öffentliche Bauprojekte gestritten. Es läßt sich aber nicht ausschließen, daß auch das friedenspolitische und Antiatom-Engagement des Bürgermeisters bei dem Mord mitspielte. Diese Möglichkeit verdient umso mehr Beachtung, als politische Morde in Japan sehr selten sind, Ito aber schon der zweite Bürgermeister Nagasakis ist, auf den ein Attentat verübt wurde. 1990 war der gleichfalls friedenspolitisch aktive Bürgermeister Hitoshi Motoshima durch Schüsse schwer verletzt worden, nachdem er den von den Nationalisten vergötterten japanischen Kaiser Hirohito für den 2. Weltkrieg verantwortlich gemacht hatte.
Der Mord geschah ferner vor dem Hintergrund einer angepeilten Revision der japanischen Verfassung, die den Besitz von Atomwaffen und sonstigen Massenvernichtungswaffen verbietet. Nationalistische und militaristische Kreise stellen die traditionelle Gegnerschaft des japanischen Volkes zu einer Nuklearbewaffnung offen in Frage. Ihr Hauptargument, die von Nordkorea ausgehende atomare Bedrohung, dürfte allerdings in jüngster Zeit dadurch einen Dämpfer erfahren haben, daß Nordkorea offenbar endlich zu einem Verzicht auf seine militärischen Atomambitionen gebracht werden konnte.

Attentat auf offener Straße: Polizisten untersuchen den Tatort.

(Quellen: Action des Citoyens pour le Désarmement Nucléaire – Bürgeraktion für vollständige, ACDN, F, 18.4.2007 und SPIEGEL, 18.4.2007)

Tojotscho stimmt gegen Endlager„labor" Pro-Atom-Bürgermeister abgewählt

Der Bürgermeister von Tojotscho/Toyocho in der japanischen Präfektur Kotschi ist nicht wiedergewählt worden. Er verlor gegen einen Kandidaten, der Untersuchungen in Richtung eines eventuellen Atommüll-Endlagers ablehnt. Im März 2006 hatte Bgm. Yasuoki Tashima seine Gemeinde Tojotscho der Zentralregierung als möglichen Standort für den hochradioaktiven Abfall des Landes angetragen. Damit war Tojotscho die erste Stadt, die auf ein Regierungsangebot aus dem Jahr 2000 einging. Es hätte in der Laufzeit der Machbarkeitsstudien jährlich bis zu zwei Milliarden Yen (16,8 Mio.$) Subventionen erhalten. Tashima hatte freilich bis Jänner 2007 weder die Gemeindebürger noch den Gemeinderat von seiner Entscheidung in Kenntnis gesetzt. In einer Flucht nach vorn trat er Anfang April zurück, um sich seine Initiative zugunsten einer Prüfung der Endlagertauglichkeit der Gemeinde von den Bürgern möglichst bestätigen zu lassen.

Gegenkandidat Yasutaro Sawayama hingegen legte sich im Wahlkampf darauf fest, die Bewerbung des Ortes um eine derartige Untersuchung sofort nach Amtsantritt zurückzuziehen. Die japanische Regierung muß somit weiter nach einer freiwilligen Herbergsgemeinde für ein Endlager suchen. (Quelle: Asahi Shimbun, 23.4.2007)

A-Abfall – Vorsorgeprinzip (Kalifornien)

Während in den USA die Frage der Erneuerung des Reaktorparks diskutiert wird (der jüngste ist 34 Jahre alt), hat Kalifornien am 17. April 2007 ein neues Energiegesetz verabschiedet, das der Auferstehung der Atomkraft entgegenwirken dürfte. Es legt fest, dass im US-Bundesstaat Kalifornien keine neuen Reaktoren genehmigt werden, solange die Frage des Atommülls nicht gelöst ist. Was wohl darauf hinausläuft, dass der „Schwarzenegger-Staat" damit seinen Atomausstieg beschlossen hat. (Quelle: Silence 10/2007)

PLAGE AKTIV!

Wir werden in einem ersten Schritt mit dem Aufruf („International Appeal by Health Professionals") an uns verbundene Salzburger Ärzte herantreten. Vielleicht gelingt es uns auch, einen Teil der „1.000 Ärzte für Siemens Atomausstieg", die wir Mitte der 1990er für die Unterstützung des Siemens-Boykotts gewinnen konnten, für diesen ganz grundlegenden Schritt neu zu mobilisieren. Auch jede/r PN-Leser/in kann bei den ihm bekannten Ärzt/inn/en und sonstigen Therapeuten, Krankenschwestern, Apothekern usw. für die Unterzeichnung des Aufrufs werben. Die PLAGE wird Interessenten dabei bei Bedarf helfen. Der „Aufruf der im Gesundheitsbereich Tätigen für die Unabhängigkeit der Weltgesundheits-Organisation" läßt sich von der Webseite http://independentwho.info/spip.php?article118 herunterholen, oder von der PLAGE-Webseite www.plage.cc. Sie können ihn auch bei uns anfordern. Weil es stärker wirkt, sollte er vorzugsweise ausgedruckt, von jeweils 1 Berufsmediziner/in unterschrieben und an Indépendance pour l'OMS/WHO – Philippe de Rougemont, 71 rue Liotard, 1203 Genf, Schweiz, geschickt werden. – Bei sehr großem Zeitmangel können Berufstätige aus dem Gesundheitsbereich aber auch auf der obengenannten Webseite online unterschreiben.

PLAGE AKTIV!

Bei der letzten Endlagersuche für Österreichs (schwach- und mittelradioaktiven) Atommüll Ende 1980er/Anfang 1990er hat die PLAGE zahlreiche Aktivitäten der vom Forschungszentrum Seibersdorf anvisierten Standortgemeinden angeregt und koordiniert. „Bürgermeister hört die Signale!" drängt sich (nicht nur) angesichts nebenstehender Wählerentscheidung in Japan auf…

ANTI ATOM SZENE

In der UNO hat die A-Lobby beim Schutz der Gesundheit das Sagen

Dauer-Mahnwache gegen WHO-Knebelung durch IAEO

Bereits seit über einem halben Jahr hält eine Kette von „Wachposten" vor dem Sitz der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in Genf durch. Es geht darum, der Öffentlichkeit nach langem die Tatsache bewußtzumachen, daß am 28. Mai 1959 eine bis heute praktisch unbekannte Vereinbarung zwischen den beiden UNO-Agenturen WHO und IAEO (Internationale Atomenergiebehörde, auch IAEA) geschlossen wurde. Dieses Dokument stellt die Gesundheitsorganisation in allen Studien, Berichten usw., die mit Radioaktivität zu tun haben, unter die Vormundschaft der Atomorganisation.

Seit dem Tschernobyl-Tag 2007 stehen eine, zwei oder mehr Personen 10 Stunden pro Tag und 5 Tage pro Woche vor dem WHO-Gebäude. Sie haben sich bereits deutlich als Stachel im Fleisch der Verantwortlichen in der WHO und in den Schweizer Behörden erwiesen. Auf ihren Tafeln verlangen sie die Unabhängigkeit der WHO von der Internationalen Atomenergieorganisation, insbesondere in der Aufarbeitung der Folgen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Die Aktion soll noch bis Mai 2008 weitergeführt werden. Neben der persönlichen Teilnahme, die weiter entfernt Lebenden nur ausnahmsweise möglich wäre, steht neben breitem Bekanntmachen vor allem eine wichtige Begleitaktion auch Gruppen und Einzelnen anderswo offen: der Aufruf von Ärzten und anderen im Gesundheitsbereich Tätigen an den WHO-Generaldirektor Dr. Chan und an die Gesundheitsminister aller betroffenen Staaten, für die Trennung der unheiligen Allianz zwischen WHO und IAEO zu sorgen.

hot spots INTERNATIONAL

Sieg der Anti-Uran-Bewegung in Italien

Die australische Bergbaugesellschaft Metex darf im italienischen Valgoglio Novazza kein Uran abbauen. Der Umweltminister der Region Lombardei, Mario Pagnoncelli, lehnte ein entsprechendes Gesuch endgültig ab. Die Umweltorganisation Legambiente wie auch die Gemeinde Valgoglio begrüssten diese Entscheidung.

Das Hauptargument der Anti-Uran-Bewegung betraf die in der Gegend bereits heute hohe Rate an Krebserkrankungen, welche auf natürlich vorhandene radioaktive Gase zurückgeführt wird.

Schon in den 70er Jahren plante der einheimische Energiekon-zern ENI Uranabbau im Valgoglio, rief dadurch jedoch heftige Proteste hervor. Der Konzern gab sein Vorhaben ganz auf, nachdem die ItalienerInnen in einer Abstimmung 1987 den Bau von Atomkraftwerken verwarfen.

(Quelle: http://www.smh.com.au/news/business/lombardy-ministers-no-grazie-to-metex/2006/10/27/1161749311836.html)

PLAGE AKTIV!

Eintreten für französische Aktivistin beim Amtsgericht Lüneburg

Cécile Lecomte, eine französische Atomkraftgegnerin, steht im Januar 2008 in Lüneburg (Niedersachsen) vor Gericht (Akz. NZS13 Cs 5102 Js 7186/07 (280/07)). Sie hatte sich am 7. November 2006 in Deutschland an einer Mahnwache in Gedenken an Sébastien Briat beteiligt hat. Dieser junge Franzose kam am 7. November 2004 in Avricourt (franz. Lothringen) bei einer gewaltfreien Ankettungsaktion gegen den Bahntransport von Castorbehältern für deutschen Atommüll aus der Wiederaufbereitungsanlage La Hague (Normandie) ins deutsche Gorleben ums Leben. Er starb für seinen Einsatz gegen die Atomkraft.

Die Teilnehmer der Mahnwache bewegten sich singend mit Kerzen und Laternen in Richtung Innenstadt, um ihre Botschaft der Öffentlichkeit näherzubringen. Dort wurde die Kundgebung von der Polizei angegriffen. Angezeigt wurden Demonstranten, nicht aber Übergriffe von Polizisten. Die PLAGE hat im Rahmen einer Solidaritätsaktion einen Appell an das Amtsgericht Lüneburg gerichtet, sich der Kriminalisierung zivilen Ungehorsams in Gestalt von Cécile Lecomte zu verweigern.

Umweltschutzpreise: Land Salzburg 1987, Stadt Linz 1997, Land Oberösterreich 1998, Konrad-Lorenz-Preis 1991

pla_ge

Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren & Zukunftswerkstatt Energie

US-India Deal Working Group

www.plage.cc

An den
Bundeskanzler der Republik Österreich
Dr. Alfred GUSENBAUER
Ballhausplatz 2
1014 WIEN

Am 20.8.2007

*Betr.: **Atomabkommen USA-Indien – Nuclear Suppliers Group***

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!
Wir übermitteln Ihnen untenstehendes Schreiben des weltweiten Dachverbandes Abolition 2000, dessen Mitgliedsorganisationen sich aktiv für die Abrüstung der Nuklearwaffen einsetzen. Es geht darin um das von den Regierungen der USA und Indiens jüngst geschlossene Atomabkommen, welches weitere atomare Aufrüstung sanktioniert und fördern dürfte. Als EU-Mitglied ist Österreich auch Mitglied der Nuclear Suppliers Group (NSG). Wir ersuchen Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, als österreichischer Regierungschef im Rahmen der NSG das äußerst bedenkliche US-indische Atomabkommen abzulehnen.
Da das Abkommen befürwortende Staaten wie etwa Australien verharmlosend argumentieren, Indien habe „a solid record on nuclear proliferation" (u.a. Premier Howard in Canberra am 16.8.07), erlauben wir uns, entsprechende Fakten dazu extra anzufügen.
Mit dem Ersuchen um Ihre Stellungnahme, bevor Österreichs Entscheidung in der Sache fällt, verbleibe ich freundlich grüßend

Heinz Stockinger, PLAGE

POLITISCHE SEKTION

Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten

Herrn Obmann
Prof. Mag. Heinz Stockinger
Überparteiliche Plattform gegen Atomgefahren
& Zukunftswerkstatt Energie
Nonntaler Hauptstraße 86
A 5020 Salzburg

Wien, am 17 Dezember 2007

GZ. BMeiA-AT.2.07.46/0131-II.8a/2007

Sehr geehrter Herr Prof. Mag. Stockinger!

Hiermit bestätige ich den Erhalt Ihres Schreibens vom 3. November 2007 an Bundesministerin Dr. Ursula Plassnik zum zwischen den Vereinigten Staaten und Indien geplanten Nuklearabkommen („123 Agreement").

Wie bereits in Beantwortung Ihres Schreibens vom 20. August d.J. vom Leiter der Abrüstungsabteilung, Ges. Dr. Alexander Marschik, angemerkt, liegt es im höchsten Sicherheitsinteresse der Staatengemeinschaft, das internationale Non-Proliferationssystem mit aller Kraft zu stärken. Vor diesem Hintergrund bestehen aus österreichischer Sicht grundsätzliche Vorbehalte gegen jede Regelung, die das gegenwärtige System der nuklearen Nichtweiterverbreitung in Frage stellt oder dessen Funktionieren beeinträchtigt. Unter diesem Gesichtspunkt ist auch das „123 Agreement" zu beurteilen.

Außenministerin Dr. Plassnik, die sich in ihren internationalen Kontakten mit Nachdruck für Abrüstung und Nichtweiterverbreitung von Atomtechnologie engagiert, hat bei ihrem Besuch in Indien im März dieses Jahres die klare österreichische Position vertreten, dass der Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht untergraben werden dürfe. Des weiteren hat Österreich auch gegenüber den USA, zuletzt am 15. November im Rahmen der Nuclear Suppliers Group, die österreichischen Sorgen hinsichtlich des „123 Agreement" unter dem Aspekt der Nichtweiterverbreitung deutlich zum Ausdruck gebracht.

Österreich setzt derzeit seine Beratungen mit gleichgesinnten Staaten innerhalb und außerhalb der EU fort. Sobald alle Entscheidungsgrundlagen, insbesondere das derzeit zwischen der Indischen Regierung und der IAEO verhandelte Sicherheitskontrollabkommen, vorliegen, gilt es zu einer gemeinsamen Beurteilung über das „123 Agreement" mit dem Ziel zu gelangen, auf eine Stärkung der globalen und regionalen Sicherheitsarchitektur hinzuwirken und ein Wettrüsten in Asien – insbesondere ein [illegible]ares Wettrüsten – unbedingt zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

[illegible]schafter Dr. Thomas Mayr-Harting
Leiter der Politischen Sektion

Solare Beleuchtung

„Längste Solarstraße Österreichs"

In Werfenweng/Salzburg läuft das Projekt „Längste Solarstraße Österreichs". Die solaren Straßenleuchten SPL 150, SPL 240 und SPL Compact von ecoliGhts ermöglichen die Beleuchtung von Straßenabschnitten, die abseits der öffentlichen Stromversorgung liegen. Leuchtmittel: Natriumdampflampen, Lebensdauer rund 18 000 Betriebsstunden, äußerst geringer UV-Anteil, hoher Wirkungsgrad während der gesamten Einsatzdauer; dank intelligentem Regelungssystem auch bei Schlechtwetterperioden nie Totalausfall.

Nähere Auskünfte: ecolights - innovative Solartechnik, A-8741 Weißkirchen, Hopfgarten 18, Tel: 0043 (0) 3577/82 330, Fax: 0043 (0) 3577/82 330 44, info@ecolights.at, www.ecolights.at

Klimasch(m)utz mit Wärmepumpen?

Das deutsche Umweltbundesamt (UBA) hat zwei Texte zum Stromsparen veröffentlicht, die auch „unbequeme Wahrheiten" enthalten.
Das Positionspapier „Stromsparen ist wichtig für den Klimaschutz – Fakten und Argumente für das Handeln auf der Verbraucherseite" können Sie unter http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3191.pdf herunterladen. – Fragen an: Dr. Helmut Kaschenz, 0049-0340-2103-2711, helmut.kaschenz.@uba.de.

Wärmepumpen „laufen" vielfach unter dem Stichwort Erneuerbare Energien. Fördert ihr Einsatz den Klimaschutz oder verursacht er eher „Klimaschmutz"? Das UBA-Positionspapier „Elektrische Wärmepumpen – eine erneuerbare Energie?" finden Sie unter http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-k/3192.pdf (Kurzfassung) und http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3192.pdf (Langfassung). - Fragen an: Jens Schuberth, 0049-0340-2103-2450, jens.schuberth@uba.de.

PLAGE TAGE BUCH

12. Dezember 2007

Zu „EURATOM-Austritt" bei Grüner Umweltsprecherin

Nach längerem Bemühen bei der Grünen Bundesspitze kam Mitte Dezember ein Gespräch zwischen Roland Egger (atomstopp_oö) und Heinz Stockinger (PLAGE) einerseits und Ruperta Lichtenecker, der Grünen Umweltsprecherin im Nationalrat, zustande. Nach der schon länger vorliegenden grundsätzlichen Feststellung der Grünen, für Österreichs Austritt aus der Europäischen Atomgemeinschaft einzutreten, ging es in konstruktiver Atmosphäre um die Sondierung der konkreten Möglichkeiten, die Kampagne für dieses Ziel weiterzutreiben. (Mehr dazu in der heurigen „EURATOM-PN", die bereits in der Warteschleife steht.)

14. Dezember 2007

Interview für Uni-Arbeit

Sara Repo verfaßt am Fachbereich Politikwissenschaft der Universität Salzburg bei Prof. Herbert Dachs eine Seminararbeit über „Die Antiatom-Bewegung in Österreich, von Zwentendorf bis in die Gegenwart". In diesem Rahmen hat sie die PLAGE als konkretes Beispiel für die österreichischen Atomgegnerorganisationen ausgewählt. In zweieinhalb Stunden Interview stand Obmann Heinz Stockinger der Studentin zu ihren Fragen Rede und Antwort, von den Wurzeln einiger der heutigen PLAGE-Aktivist/inn/en in der Zwentendorf-Volksabstimmungsbewegung der späten 1970er über die Entstehung der Salzburger „Ur-Plattform" gegen das Atommüll-Wiederaufbereitungsprojekt in Wackersdorf (Bayern) bis zur heutigen Kampagne für einen Austritt Österreichs aus EURATOM usw.

NACHRUF

Maria SUMMER †

Vorarlberger Antiatom-Pionierin

Schon im Juli des Vorjahres verstarb 86jährig „die Vorarlberger Maria Montessori" (ORF Vorarlberg). Daß man in weiterem Umkreis erst spät davon erfuhr, nimmt nicht ganz wunder: verblüfft stellt man fest, daß in keinem der zugänglichen Nachrufe im Internet, in keiner Trauerparte in der Zeitung ihr Engagement gegen die Atomkraft auch nur erwähnt ist. Höchste Achtung vor ihrem pädagogischen Werk spricht zurecht aus allen Trauermeldungen: „Mit Frau Summer als Direktorin der Sprachheilstätte Rankweil ist ein großes Licht in dieser Welt erloschen. Ein Licht, das in die Herzen von Kindern Wärme und Würde brachte." Sie „leistete mit der Gründung und Leitung der Sprachheilstätte Pionierarbeit (...): Seit 1974 hat sie viele tausende Kinder mit Spachstörungen, aber auch zunehmend mit massiven Verhaltensstörungen betreut und dabei enorme Erfolgsquoten erzielt." Ihre eigenen Worte an die Eltern: „Sollte Ihr Kind dem gleichaltrigen Nachbarkind in irgendeiner Leistung - scheinbar oder wirklich - nachhinken, dann bitte denken oder sprechen Sie nichts Nachteiliges, nichts Kränkendes, nichts Entmutigendes!"
Diese Frau war aber auch eine der Vorkämpferinnen gegen Österreichs Einstieg in die Atomwirtschaft und damit für das Nein zum AKW Zwentendorf in der Volksabstimmung 1978. Der von ihr angeführte Hungerstreik der „Mütter gegen Atomkraftwerke" im August 1977 vor dem Parlament tat den Atombetreibern in der Kreisky-Alleinregierung und im Abgeordnetenhaus äußerst weh, erregte er doch landesweites Aufsehen und stimmte das Bild der 18- bis 69-jährigen Mütter und Großmütter doch so gar nicht zur gerne verbreiteten Diffamierung der Atomgegner als „linke Radikalinskis" oder „ein paar Rechtsextreme".
Mit beiden Verdiensten hat Maria Summer dem Gemeinwesen Österreich unschätzbare Dienste erwiesen.

„Melden Sie Ihre Steckdose als Tankstelle an!"

Elektrofahrzeuge und Photovoltaik können zu einer raschen Energiewende beitragen – ganzheitlich betrachtet: Für Milliarden Fahrzeuge werden heute Öl und etwas Gas verbraucht. Mit katastrophalem Wirkungsgrad im Verbrennungsmotor von ca. 20%. Werden das Öl und Gas in halbwegs effizienten Kraftwerken – (50% Wirkungsgrad) in Strom umgewandelt und dieser Strom dann – bei 80%-90% Wirkungsgrad im Elektromotor – zum Antrieb genützt, wird die Primärenergie allemal mindestens doppelt so gut ausgenutzt.
Allerdings ist darauf zu achten, dass der damit einhergehende Stromverbrauch von E-Fahrzeugen durch wachsende Strommengen aus Erneuerbarer Energie (EE) gedeckt wird. Sonst wird wachsende Verbreitung von E-Vehikeln postwendend zur energiepolitischen Rechtfertigung atomarer und fossiler Stromerzeugung herangezogen.
Das ernsteste Motiv im Hintergrund sollte bei all dem sein: „Kein Blut – keine Kriege – für Öl und Gas!"

Informationen über Elektroautos und Photovoltaik-Solarstrom

im weltbesten Solarstrom-Magazin „PHOTON" www.photon.de; Ausgabe 4/2007, mit Vergleich Elektroantrieb – Verbrennungsmotor in: http://www.photon.de/photon/pd-2007-04.pdf.
Siehe ferner http://www.sonnenseite.com, die Webseite des bekannten deutschen Journalisten und Solarpioniers Franz Alt.

Ein Elektroauto kann

mit dem Jahres-Ertrag von 20 Quadratmeter PV-Solarzellen jährlich ca. 15.000 Kilometer umweltfreundlich zurücklegen. ("Dächer und Fassaden als Solarkraftwerke!")

Gibt es zu wenige Elektrotankstellen?

In Österreich gibt es potentiell hunderte Millionen Steckdosen (230 Volt/16 Ampere), an denen man E-Fahrzeuge laden kann. Absurderweise ist es in der Praxis trotzdem oft ein Problem, eine Stromtankmöglichkeit zu finden.
Das Elektrotankstellen-Verzeichnis www.elektrotankstellen.net soll dazu beitragen, diesem Problem abzuhelfen und die immer noch wenig bekannten Elektroautos zum raschen Marktdurchbruch zu bringen.

Elektrotankstellen-Verzeichnis

800+ Elektrotankstellen in Österreich

Anzahl der Elektro-Tankstellen	Bundesland (Stand: Ende Jänner 2008)
429	NÖ - Niederösterreich
95	St - Steiermark
80	OÖ - Oberösterreich
48	B - Burgenland
48	W - Wien
43	S - Salzburg
41	K - Kärnten
18	V - Vorarlberg
17	T - Tirol
819	**Summe**

Ziel: In allen Gemeinden Öko-Stromzapfstellen (Schuko-Steckdosen 230 Volt/16 Ampere) zum Laden für umweltfreundliche Elektrofahrzeuge.
Das Verzeichnis wird vom Eurosolar Austria Arbeitskreis 15 „Nachhaltige Mobilität, Elektro- und Pflanzenöl-Fahrzeuge" erstellt, regelmäßig erweitert und aktualisiert. Hinweise, Korrekturen, Verbesserungsvorschläge bitte an Ing. Herbert Eberhart, A-2222 Bad Pirawarth/Niederösterreich oder an E-Mail: info@elektrotankstellen.net
Bekanntgabe von Lademöglichkeiten bitte über das Meldeformular http://www.elektrotankstellen.net/meldeformular .
Unter www.elektrotankstellen.net findet man auch die Verbindungen zum Herunterladen der aktuellen E-Tankstellenverzeichnisse für Gesamtösterreich und für jedes Bundesland.

Beispiel Strom-Zapfsäulen an der Straße alle zehn Meter:

In Italien gibt es bereits etliche Orte, in denen am Mittelstreifen alle zehn Meter eine Steckdose 230 Volt/16 Ampere zum Stromtanken ist. Zum Beispiel in Lido de Adriano nahe Ravenna.

(www.pege.org)

IMPRESSUM PLATTFORM NEWS
Alleineigentümer, Herausgeber, Verleger: Verein Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE). Verlagsort: 5020 Salzburg. Redaktion: Heinz Stockinger, Peter Machart, Maria Fellner, Thomas Neff **Vereinsadresse, Redaktion:** 5020 Salzburg,, Nonntaler Hauptstraße 86, Tel. und Fax 0662/643567. **Bürozeiten:** Mo–Do 9 – 13 Uhr, Fr 9 – 12 Uhr, e-mail: info@plage.cc. **Blattlinie:** Zeitschrift zur Förderung des Ausstiegs aus der Atomenergie und des Einstiegs in humane, umweltfreundliche Energiealternativen. **Herstellung:** Bubnik-Druck, Ebenau

P.b.b. Erscheinungsort Salzburg, 02Z031966
Verlagspostamt 5020 Salzburg, DVR 0781665

Die Plage News (PN) erscheint mindestens 4 mal pro Jahr, die genaue Zahl und Erscheinung variieren aber aufgrund von Aktionen, Neuigkeiten, Belastungen usw.

P L A G E
Überparteiliche Salzburger Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE).
Homepage: **www.plage.cc**